



Mit Flüchtlingen für Flüchtlinge

Forderungen des Sozialen Netz Bayern für eine zeitgemäße und humane Asyl- und Migrationspolitik an die bayerische Staatsregierung

(2. Juli 2014)

Einleitung/aktuelle Entwicklung/Herleitung unserer Handlungsfelder:

Herausforderung Integration in Arbeit und Ausbildung:

Für das Soziale Netz Bayern ist der Zugang der nach Bayern kommenden Flüchtlinge in Arbeit, Bildung und Ausbildung die wesentliche Voraussetzung für die Integration in die Gesellschaft insgesamt. Einige Hürden bei dieser Integration wurden abgesenkt, beispielsweise die Zeiträume, in denen keine Arbeit aufgenommen werden durfte. Und erfreulich ist auch, dass in Bayern eigene Schulklassen eingerichtet werden, damit auch jugendliche Flüchtlinge ihre Schulpflicht erfüllen können.

Dennoch bleibt noch viel zu tun, um die Integration über Erwerbsarbeit in die Gesellschaft zum Erfolg zu führen.

Für das Soziale Netz Bayern steht fest: Wesentliche Gründe der fehlenden Arbeitsmarktintegration liegen einerseits in der Unsicherheit des Aufenthaltsstatus selbst. Hinzu kommen - wie teilweise bei anderen Gruppen von ausländischen Staatsangehörigen auch - fehlende Sprachkompetenz, die Nichtanerkennung von Abschlüssen und Kompetenzen sowie mangelnde Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten und den Herausforderungen der Vermittlung durch Kompetenzabgrenzungen zwischen SGB II und SGB III.

Der unsichere Aufenthaltsstatus und die beschriebenen administrativen, sozialen oder gesellschaftlichen Hürden, die es bei der Aufnahme von Arbeit zu überwinden gilt, führen zur Benachteiligung von Flüchtlingen z.B. bei der Berufsausbildung und machen die Betroffenen anfällig für prekäre Beschäftigung. Ausbeutung, schlechte Arbeitsbedingungen und Lohndumping sind vielfach noch Alltag für Asylsuchende und geduldete Personen. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes inklusive des Zugangs zu Spracherwerb und Beratung für Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, kann dazu genutzt werden, illegale Beschäftigungsformen, Ausbeutung, Menschenhandel und Lohndumping zu vermeiden.

Erforderlich sind daher neben weiteren rechtlichen Veränderungen beim Aufenthaltsstatus besondere Unterstützungs- und Beratungsstrukturen, Projektangebote, Förderinstrumente und Sprachkurse. Dies muss flächendeckend in hoher Qualität sichergestellt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass im Bereich der Agenturen und Jobcenter genügend Ressourcen, insbesondere auch in der Personalausstattung, vorhanden sind. Für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind ausreichend Steuermittel bereitzustellen. Angesichts der prognostizierten steigenden Zahl von Flüchtlingen muss sowohl im Versicherungssystem wie auch im Hartz-IV-System eine „adäquate finanzielle Ausstattung“ sichergestellt werden. Gemeint ist damit, dass eine bessere Förderung von Flüchtlingen notwendig ist, dies aber nicht zu Lasten anderer förderbedürftiger Personengruppen gehen soll und darf. Denn insbesondere bei Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen sind gewisse Verdrängungseffekte keinesfalls auszuschließen.

Insbesondere beim Übergang in die berufliche Ausbildung ergeben sich aufenthaltsrechtliche Hürden. Jugendliche sollten für die Dauer der Ausbildung (in der Regel drei Jahre) und nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung für mindestens zwei Jahre in Deutschland bzw. Bayern bleiben dürfen. Derzeit hängen Zugang und Durchführung einer beruflichen Ausbildung stark von Einzelfallentscheidungen der ausführenden regionalen Asylbehörden und damit von den handelnden Personen ab. Das betrifft insbesondere abgelehnte AsylbewerberInnen, die aus verschiedenen Gründen geduldet werden. Daran ändert auch die - insgesamt als ersten Schritt in die richtige Richtung zu begrüßende Verordnung des bayerischen Innenministeriums von März 2015 - erst einmal nichts. Demnach werden die ursprünglich nur für 3 Monate geltenden Duldungen nach §60 a Aufenthaltsgesetz während der Berufsausbildung in Etappen von jeweils einem Jahr verlängert. Dennoch ist diese „1-Jahres-Aufenthaltsgenehmigung“ - weder für die jugendlichen Flüchtlinge noch für die Ausbildungsbetriebe zielführend.

Das Soziale Netz Bayern fordert deshalb von der bayerischen Staatsregierung, dass sie den betroffenen Jugendlichen schon mit Beginn ihrer Ausbildung ein Bleiberecht für die gesamte Dauer der Ausbildung und nach erfolgreichem Berufsabschluss für mindestens zwei Jahre bayernweit zusichert. (3+2-Regelung). In diesem Zusammenhang müssen auch Ausbildungswechsel möglich sein. Ausbildungsabbrüche dürfen nicht automatisch zur Abschiebung führen.

Herausforderung bezahlbaren Wohnraum schaffen:

Menschen auf der Flucht sind wohnungslos. Momentan betrifft dies viele Millionen Frauen, Männer und Kinder. Wie viele genau, wird ebenso wenig statistisch erfasst wie die Zahl aller Wohnungslosen. Gewiss ist nur, dass Wohnungslosigkeit ein globales Phänomen ist, zu dessen Ursachen Wirtschaftskrisen, Armut, Mietwucher sowie Krieg und Vertreibung zählen. Menschen mit Migrationshintergrund werden auf dem Wohnungsmarkt häufig diskriminiert.

In Deutschland gibt es weder auf Bundes- noch auf Landesebene (Ausnahme NRW) eine amtliche Wohnungsnotfallstatistik. Zahlen zu Wohnungslosen beruhen auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft

Wohnungslosenhilfe e.V. (BAGW). Für das Jahr 2012 (aktueller Stand) geht die BAGW von 312.000 Wohnungslosen deutschlandweit aus. Wie viele von ihnen einen Migrationshintergrund haben bzw. Asylbewerber oder Flüchtlinge sind, kann nicht differenziert werden.

Dass zunehmend Menschen aus den oben genannten Personengruppen von Wohnungslosigkeit betroffen sind, ist folgender Angabe auf der Internetseite der BAGW zu entnehmen: „Rückmeldungen aus der Hilfepraxis zeigen, dass die Einrichtungen und Dienste vor Ort mit der Entwicklung von speziellen Informationsangeboten, einer entsprechenden Qualifizierung ihrer Mitarbeiter und einer verstärkten Zusammenarbeit mit Akteuren der Migrationsarbeit auf die wachsenden Anforderungen in diesem Bereich reagieren.“

Da Menschen mit Migrationshintergrund – dazu gehören Asylbewerber und Flüchtlinge – stärker von Armut bedroht sind als andere Bürgerinnen und Bürger, ist davon auszugehen, dass sie auch stärker von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Als wohnungslos gilt laut BAGW „wer nicht über eine eigene mietvertraglich abgesicherte Wohnung verfügt“. Aber auch wer unter unzumutbaren Verhältnissen lebt – bauliche Mängel, geringe Wohnfläche, mangelhafte Ausstattung, Mietwucher, in Notunterkünften, bei Familienangehörigen –, gilt als wohnungslos. Asylbewerber und Flüchtlinge leben häufig unter solchen Verhältnissen.

Während jeder Einwohner Deutschlands laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) im Durchschnitt 45 Quadratmeter bewohnt, stehen einem Asylbewerber in einer Gemeinschaftsunterkunft laut dem Mediendienst Integration nur 6,5 Quadratmeter zur Verfügung.

In Sammelunterkünften leben häufig auszugsberechtigte Flüchtlinge (1600 bayernweit laut inFranken/dpa vom 6.11.2014), die auf dem freien Markt – zumal in den überbewerteten gentrifizierten Ballungsräumen – keine Wohnung finden. Praktiker wie die Mitarbeiter des Nürnberger AWO-Projekts mov'in vermitteln zwischen Flüchtlingen und Vermietern und berichten von Schwierigkeiten und Vorurteilen in einem begehrten, weil knapp vorhandenem Segment auf dem Wohnungsmarkt.

Das Soziale Netz Bayern fordert deshalb ausreichend bezahlbaren Wohnraum für jeden Menschen bereitzustellen. Aufgefordert sind sowohl der Bund als auch der Freistaat Bayern. Dafür erforderlich sind: die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus, eine jährlich erscheinende nach Personengruppen differenzierende amtliche Wohnungslosenstatistik auf Bundes- und Landesebene, Quartiersentwicklung, Ausbau alternativer Wohnformen (z.B. Sozial- und Seniorengenossenschaften, Senioren-Wohngemeinschaften), Beratungsangebote für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, Gesetze gegen sogenannte Luxussanierungen, Umwandlung von leerstehenden Komplexen wie Bürogebäuden in Wohnraum.

Herausforderung Konfliktherden befrieden:

Das Soziale Netz Bayern stellt fest: Für weltweiten Frieden und Sicherheit waren die letzten Jahre vor allem aber 2014 und 2015 bisher ernüchternde Zeiten, zumindest was die Beilegung oder die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten betrifft.

Es stimmt zwar, dass vor allem Westeuropa bzw. die Europäische Union konfliktfrei im Sinne kriegerischer Auseinandersetzungen sind, aber das Eingreifen westlicher Länder in innerstaatliche Konflikte anderer Nationalstaaten verschärft diese Auseinandersetzungen und verleiht ihnen immer größere und unkontrollierbarere Dimensionen. Kriege von heute sind demnach immer schwieriger zu beenden und vertreiben und töten wesentlich mehr als früher.

Die Unruhe in der arabischen Welt haben sich etwa verschärft und haben auf immer mehr Staaten im Nahen Osten bzw. Nordafrika übergreifen. Wir beobachten auch wieder wachsende geopolitische Konkurrenzen, die sich z.B. im Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen manifestiert und man hört auch schon wieder, daß der Kalte Krieg wieder auflebt, nicht direkt in der Auseinandersetzung zwischen Rußland und den USA, aber über Unterstützungsstrukturen in diversen Konflikten, wo eine Konfliktpartei westliche Unterstützung erfährt und die andere aus Rußland durch Waffenlieferungen etc.

Diese oftmals zunächst regionalen Konflikte lokaler Größen bekommen eine internationale Dimension, da die Großmächte ihre Beteiligung und die dadurch schwindende Einigkeit und Solidarität in Gespräche und Verhandlungen in internationale Gremien tragen (z.B. IS in Syrien). Dadurch lassen sich immer schwieriger gemeinsame Lösungen finden oder Sanktionen oder Maßnahmen treffen.

Religiös motivierte Konflikte stiegen in der jüngsten Vergangenheit auch deutlich an (IS) und auch wenn diese zunächst regional angesiedelt waren, zeigen sie gravierende Auswirkungen auf große Regionen (z.B. Nordafrika im Bezug auf den Konflikt Sunniten - Schiiten) und diese schwelenden oder auch offen ausgetragenen Auseinandersetzungen können zukünftig auch auf das friedliche Zusammenleben weltweit Auswirkungen zeigen, auch hier in unseren Städten und Gemeinden, in unseren Flüchtlingsunterkünften, in Schulen etc., wenn eine zunehmende religiöse Radikalisierung nicht bekämpft wird.

Konflikttherde, die sich in 2015 verfestigt haben sind: Syrien, Irak und der Islamische Staat; Ukraine; Südsudan; Nigeria; Somalia; Kongo; Afghanistan; Jemen; Libyen und die Sahelzone; Ägypten; Gaza

Aufgrund dieser nicht beigelegten oder verhinderten gewaltsamen Auseinandersetzungen finden wir nach wie vor schwer traumatisierte Kindersoldaten, deren Seelen und Leben unverantwortlich zerstört werden. Ebenso gefährdet und bedroht zeigt sich die Situation von Frauen und anderen besonders schutzbedürftigen Personen wie Kindern, Alten, Kranken und behinderten Menschen.

In Europa gibt es derzeit keine kriegerischen Auseinandersetzungen und Konflikte, aber es gibt trotz allem die Unterdrückung von Minderheiten und die Vertreibung von ungeliebten Volksgruppen wie den Roma aus den Westbalkanländern. Diese sind in keinem Land gerne gelitten und werden derzeit überall verscheucht und verschoben. Europa müßte sich dieser Gruppen annehmen und ihnen eine Heimat in Europa geben.

Wir erleben in Europa vor allem aber auch eine bedrohliche Diskrepanz zwischen der Wirtschaftskraft, der Entwicklungen in verschiedenen Bereichen des Lebens und dem Lebensstandard in den westlichen Ländern Europas und der EU und den östlichen Mitgliedsstaaten der EU und nochmal gravierender zu den östlichen Ländern Europas z.B. am Westbalkan. Dies schürt Gefühle des Neids und der Ungerechtigkeit und fördert ebenso Konflikte innerhalb der Mitgliedsländer der EU, wie sich aktuell in den Verhandlungen zur Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen zeigt, wo sich keine Einigkeit und Solidarität findet.

Noch viel stärker bietet dies aber Konfliktpotenzial mit Nicht-EU-Ländern, die von Entwicklung, Aufbau und Schaffung von Perspektiven ausgeschlossen sind.

Gleiches gilt für viele afrikanischen Staaten, die ihre Potenziale nicht ausschöpfen können und nur abbekommen was in den Wirtschaftsmächten an Müll übrigbleibt. Hier bekommen wir in Europa nun die Rechnung präsentiert von jahrzehntelanger Ausbeutung und Unterdrückung, die sogar bis in die Zeit des Kolonialismus zurückreicht. Daß sich Menschen auf den Weg machen in Länder, die ihnen und ihren Familien Perspektiven zum Überleben bieten, ist nur allzu verständlich.

Dafür braucht es Lösungen, die aber nicht alleine in Bayern, in Deutschland oder in der EU gefunden werden müssen. **Das Soziale Netz Bayern fordert daher:** Wir müssen Entwicklung und Aufbau in den Herkunftsländern fördern. Nachhaltige Entwicklung kann eine wirksame Krisen- und Konfliktentschärfung bedeuten. Wir brauchen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die allen Ländern auf dieser Erde gleiche Chancen bietet. Wir müssen die Güter gerechter auf der Welt verteilen, die Schere zwischen den wenigen, die besitzen und den vielen die keinen Besitz und keine Chancen haben wird immer größer. Konfliktbewältigung darf nicht mit Waffen geschehen und durch Aufrüsten der unterschiedlichen Konfliktparteien, sondern auf dem Verhandlungsweg und mit humanitären Mitteln.

Herausforderung Reduzierung der Armut und globale Umverteilung:

Armut ist ein Tabu. Weil das so ist, werden ihre komplexen gesellschaftspolitischen Ursachen verschleiert und Betroffene stigmatisiert. Weit verbreitet ist die Ansicht, Bedürftigkeit sei selbstverschuldet, etwa weil Individuen

oder Staaten „schlecht wirtschaften und über ihre Verhältnisse leben“. Überzogenes Konsumverhalten oder Korruption sind aber nicht die Hauptursachen dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht.

Oft sind Menschen arm, weil ihr Einkommen für ein menschenwürdiges Leben nicht reicht; weil sie nach Schicksalsschlägen wie einer Scheidung oder gescheiterter Selbständigkeit nicht mehr selber ihre Lebenslage verändern können und keinen Zugang zu professioneller Hilfe finden; weil sie von geeigneten Bildungsangeboten abgeschnitten sind.

Aber auch zahlreiche Staaten und Staatengruppen (national wie international) verarmen zunehmend, weil ihre Sozial- und Volkswirtschaft durch fortgesetzte Austerität bei gleichzeitigem Wachstumszwang in einer globalisierten Welt, in der wenige Industrienationen den Kurs bestimmen, immer mehr abbauen. Krieg und Vertreibung sind weitere Gründe, weshalb Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren und sich auf die Flucht begeben müssen. Krisen (persönliche, wirtschaftliche und politische) sind also die wahren Auslöser für Armut. Und sie sind stets in einem gesamtgesellschaftlichen, ja globalen (Kausal)Zusammenhang zu sehen.

Es gibt keinen weltweit einheitlichen Armutsbegriff. Auch wenn der monetäre Indikator als alleiniger zu Recht umstritten ist, hängt Bedürftigkeit dennoch mit den finanziellen Verhältnissen einer Person oder eines Staats zusammen; sie sind maßgeblich dafür, ob sie Teilhabe erfahren oder isoliert werden.

Die Einkommensungleichheit ist nach Angaben des Human Development Index (HDI) der UN von 2014 weltweit gestiegen. Laut HDI müssen 1,2 Milliarden Menschen ihren Lebensunterhalt mit durchschnittlich 0,93 Euro pro Tag bestreiten; 1,5 Milliarden leiden unter Mangelerscheinungen; weitere 800 Millionen laufen Gefahr zu verarmen, sollten Naturkatastrophen, Finanzkrisen und politische Unruhen ausbrechen. Im Oxfam-Armutbericht 2015 wird prognostiziert, dass ab dem Jahr 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als 50 Prozent des Wohlstands weltweit besitzen wird. Laut dem Bayerischen Sozialbericht 2013 galten in Deutschland 2012 exakt 15,2 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet; in Bayern sind es 14,3 Prozent (Landesmedian). Menschen mit Migrationshintergrund sind sogar zu 23,1 Prozent betroffen. Wie hoch der Anteil bei den Flüchtlingen und Asylbewerbern ist, ist statistisch nicht erfasst; mit Sicherheit sind sie von Armut jedoch stärker betroffen als andere Personengruppen.

Das Spziale Netz Bayern fordert: Weil Flucht auch der ungleichen Verteilung von Vermögen weltweit geschuldet ist, muss Reichtum neu verteilt werden. Dazu erforderlich sind unter anderem die Erhebung von Vermögenssteuer; die Besteuerung von Kapital anstelle von Arbeit, die Bekämpfung von Steuerflucht, Einführung von Mindestlöhnen und deren Einhaltung, die Unterstützung von kleinen und mittelständischen sowie regionalen Unternehmensstrukturen, fairer Wirtschaftshandel weltweit, staatliche Unterstützung für (präventive) niederschwellige Projekte gegen Armut (z.B. Schuldnerberatung, Aufklärung an der Schule), eine Mindestrente, kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für jeden Menschen.

Herausforderung fairer Welthandel:

Das soziale Netz Bayern ist überzeugt, dass ein fairer Welthandel einen entscheidenden Beitrag für eine nachhaltigere Entwicklung in weiten Teilen der Welt leisten und somit Flucht- und Vertreibungsgründe mindern kann.

Weltweit nehmen Hunger, Energieknappheit und Klimachaos zu, und die nach wie vor instabile Lage, mitverursacht durch die jüngste Finanzmarkt- und Bankenkrise, trifft global immer mehr Menschen in ihren Existenzgrundlagen.

Die europäischen Regierungen stellt sich als Vorreiter bei Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Friedenssicherung dar; in ihrer Handels- und Investitionsstrategie mit dem Titel „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ setzen sie jedoch ganz auf die Interessen europäischer Konzerne.

Das soziale Netz Bayern kritisiert diese einseitige Politik, die die Bedürfnisse von Menschen im globalen Süden, aber auch von Menschen im Norden massiv verletzt und so zur Mitverursacherin vieler Krisensymptome wird.

Jüngstes Beispiel dieser Politik ist das angestrebte Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Noch ist es möglich, dass das gesamte Projekt gestoppt wird. Das wäre ein guter Anfang. Schließlich ist das Problem die gesamte politische Ideologie, die mit derlei Abkommen durchgesetzt wird – also die dauerhafte, neoliberale Umgestaltung des internationalen Handels durch einen unumkehrbaren Abbau sozialer und ökologischer Standards und die Minimierung demokratischer Kontrolle über das Marktgeschehen. Dem gilt es sich entgegenzustellen.

TTIP ist also im Kontext einer breiten, neoliberalen Globalisierungswelle zu sehen. Deswegen muss der TTIP-kritische Diskurs auf breitere Beine gestellt und zu einer grundlegenden Diskussion darüber erweitert werden, wie wir den internationalen Handel gestalten wollen.

Wichtige Prinzipien für die Mitgliedorganisationen des Sozialen Netz Bayern sind Transparenz und demokratische Kontrolle über derartige internationalen Wirtschaftsverhandlungen, die Dominanz von Menschenrechten und Umweltschutz über private ökonomische Interessen, der Respekt vor regionalen und nationalen Entwicklungskonzepten und ökonomischen Prioritäten, die Verantwortung von Konzernen für soziale und ökologische Folgen ihres Handelns, hohe Standards und solidarische Technologietransfers.

Internationaler Handel könnte durch die Anwendung dieser Prinzipien zu einer globalen Win-win-Situation führen. Statt Liberalisierung und Deregulierung ist ein internationales Regelwerk nötig, das die Interessen von Mensch und Umwelt in den Vordergrund stellt und darauf abzielt, die Lebensstandards weltweit auf hohem Niveau zu vereinheitlichen. Dazu müssen internationale Verhandlungen stets auf Augenhöhe geführt werden, was wiederum ein Ende der finanziellen Abhängigkeit des globalen Südens – sprich: einen umfassenden Schuldenerlass – erfordert. Zudem muss der Einfluss von Banken und Konzernen durch strenge Regeln gegen Lobbyismus, Korruption und Spekulation sowie die Herstellung demokratischer Kontrolle zurückgedrängt werden. Weiter brauchen wir einen Konsens darüber, dass kulturelle Vielfalt und regionale Besonderheiten kein Handelshemmnis, sondern eine globale Bereicherung sind und dass wirtschaftlich schwächere Länder ihre Ökonomien zumindest vorübergehend vor der internationalen Konkurrenz schützen müssen, um weltmarktfähig zu werden – etwa durch Zölle. Unter diesen Voraussetzungen könnte wirtschaftliche Globalisierung zu einer wünschens- und unterstützenswerten Angelegenheit werden. Allerdings wäre das ziemlich genau das Gegenteil jener politischen Ideologie, die TTIP und andere aktuelle Handels- und Wirtschaftsabkommen prägt.

Das Soziale Netz Bayern fordert eine Umkehr in der deutschen, europäischen und weltweiten Handelspolitik eine wirksame Umkehr der multiplen Krise aus Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, Erosion der biologischen Vielfalt und Klimawandel erfolgen kann. Populistische Titulierungen wie „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind angesichts der europäischen Geschichte die durch Krieg, Hungersnöte und Armut geprägt war, fehl am Platz. Millionen von Europäern wanderten genau aus diesen Gründen aus. Will sich die Politik diesen Fluchtursachen entgegenstellen, ist eine echte Umkehr in der Handelspolitik geboten. Das Soziale Netz Bayern fordert daher die bayerische Staatsregierung auf sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene für eine nachhaltige und faire Handelspolitik einzusetzen um Fluchtursachen einzudämmen.

Herausforderung Umwelt/Klima

Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren seit vielen Jahren über den Klimawandel und die Folgen, aber auch über mögliche Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Auswirkungen der klimatischen Veränderungen. Die Staatschefs können sich aber bedauerlicherweise nicht auf gemeinsame Standards und Maßnahmen einigen.

Die sogenannten Klimaflüchtlinge spielen dabei aber eher eine untergeordnete Rolle oder kommen gar nicht vor.

Durch die Klimaveränderung werden ganze Landstriche auf der Erde künftig unbewohnbar – bewohnte Inseln gehen unter, Fluten zerstören Lebensräume oder Dürre und Trockenheit machen bewohnte Regionen unbewohnbar bzw. lassen Brunnen austrocknen. Diese vorhersehbaren Entwicklungen sind aber noch kein Grund,

daß betroffene Menschen in sicheren Ländern aufgenommen werden oder dorthin umsiedeln können oder dort Asyl bekommen.

Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen oder Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen müssen gibt es in Teilen Afrikas oder auch in Süd- und Ostasien.

Die betroffenen vielen Millionen Menschen (bis 2050 etwa 200 Mill., die flüchten werden) haben aber an dem durch den Menschen gemachten Klimawandel so gut wie keinen Anteil. Sie baden aus, was in den Industrieländern verursacht wurde.

Diese aber ignorieren bislang die Existenz der Klimaflüchtlinge und schotten sich weiter ab, indem sie sich auf geltendes Flüchtlingsrecht berufen.

Die armen Länder, die betroffen sind, können sich aber keine wirksamen Schutzmaßnahmen leisten und driften immer tiefer in Armut, denn der fortschreitende Klimawandel verschärft die bereits herrschende Armut.

Heute erleben wir Wanderungs- und Fluchtbewegungen aufgrund von Kriegen oder kriegerischen Auseinandersetzungen und zunehmend aufgrund von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit der Menschen in ihren Herkunftsländern, um das Überleben ihrer Familien zu sichern (Westbalkan, Afrika). In Zukunft werden klimatische Veränderungen die größten Treiber für Bevölkerungswanderungen werden (Antonio Guterres 2009).

Es hat sich in der Einstellung der Industrienationen wenig verändert. Mit schnellen Maßnahmen wird sich aber auch heute Klimaflüchtlinge nicht mehr aufhalten lassen, weil die Zerstörung schon zu weit fortgeschritten ist, aber dies sind Investitionen in die Zukunft der Erde für nachfolgende Generationen, um eine lebenswerte Erde zu hinterlassen und neu erstehen zu lassen.

Deshalb brauchen wir weitreichende Lösungen, die über Bayern hinausreichen. Das Soziale Netz Bayern fordert die bayerische Staatsregierung auf sich für folgende Punkte einzusetzen:

Wir brauchen ein verändertes Flüchtlingsrecht in Deutschland, das Klimaflüchtlinge anerkennt. Die Genfer Flüchtlingskonvention muss dahingehend ergänzt werden, dass nicht nur derjenige ein Flüchtling ist, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner (politischen) Überzeugung verfolgt wird, sondern auch wegen der Zerstörung seines Landes durch klimatische Veränderungen

Den betroffenen Länder muss im Aufbau von Schutzmaßnahmen und in der Unterstützung ihrer Armen im Land durch die Industrienationen geholfen werden. Die reichen Länder müssen ihre Verantwortung an der Zerstörung der Natur anerkennen und Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern und zu „reparieren“. Regenwälder dürfen nicht weiter Monokulturen geopfert werden. Produkte müssen zukünftig nachhaltig und soweit möglich vermehrt regional produziert werden. Wirtschaft muss wegkommen von der Gewinnmaximierung hin zu einer Nachhaltigkeit und zu einer gerechten Verteilung.

Geschäftsführung des Sozialen Netz Bayern

David Schmitt
Abteilungsleiter Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstr. 64
80336 München

Tel.: 089-51700 220
Fax: 089-51700 216
Email: david.schmitt@dgb.de